



AllerWeltHaus

weltinfo

Okt - Nov - Dez 2010 | Nr.: 325

www.allerwelthaus.org

Shopping XXL

Nachhaltige Beschaffung

Freizeittipp:
König der Malinke

©Foto: www.unicef.de

innenliegend:

Veranstaltungskalender Okt - Dez '10



AllerWeltHaus

Café Mundial

rauchfrei & vegetarisch

mo.–fr. 12–22.00 Uhr

sa. 10–18.00 Uhr

sonntags geschlossen

Telefon 02331/183947

AllerWeltHaus

Weltladen

**Kunsthandwerk, Lebensmittel
und Geschenkkideen aus Fairem Handel**

mo.–fr. 10–13.30 Uhr

15–18.30 Uhr

sa. 10–16.00 Uhr

Telefon 02331/21410

AllerWeltHaus Hagen

Potthofstr. 22

Telefon 02331/21410

Email info@allerwelthaus.org

www.allerwelthaus.org

Spenden-Konto des AllerWeltHaus:

Kontonr. 103023003

Sparkasse Hagen, BLZ 45050001

AllerWeltHaus

Bücherei und Archiv

Sie haben Zugang zu:

120.000 Zeitschriftenartikeln

25.000 Büchern

3.000 Unterrichtsmaterialien

500 AV-Medien

Geöffnet fr. 16 - 19:30 Uhr

Weitere Termine nach Absprache unter

buecherei@allerwelthaus.org

www.archiv-awh.org

AllerWeltHaus

Kulturbüro

**Informationen zu Programm, Kursangeboten,
der Arbeit des AllerWeltHauses, Beratung
für Globales Lernen, Anmietung von Räumen**

mo.–do. 08–15.00 Uhr

fr. 08–13.00 Uhr

Telefon 02331/21410

Fax: 02331/183939

Email info@allerwelthaus.org

weltinfo im Jahresabonnement –

jetzt auch als PDF-Datei:

www.allerwelthaus.org

**Werden Sie Mitglied im AllerWeltHaus Hagen
e.V. und unterstützen Sie unsere Arbeit.**

Kontakt: info@allerwelthaus.org

Magna Charta Ruhr - Kommunen gegen Kinderarbeit

Am 12. Juni 2010 haben in Dortmund 38 kommunale Spitzenpolitiker aus Kommunen des Kulturhauptstadtjahres 2010 die „Magna Charta Ruhr.2010“ unterzeichnet.

Damit wollten sie auf Anregung durch das Netzwerk Faire Kulturhauptstadt Ruhr-2010 ein Zeichen setzen gegen ausbeuterische Kinderarbeit und das Ruhrgebiet zu einer Modellregion Europas machen.

Mit der Erklärung gegen ausbeuterische Kinderarbeit kommen die Verantwortlichen in den Kommunen ihrer sozialen Verpflichtung als öffentliche Auftraggeber nach und gehen einen bedeutenden Schritt in Richtung Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere dem Schutz von Kindern weltweit. Immer wieder steht auch die Beschaffung von Produkten für öffentliche Haushalte in der Kritik, wenn diese unter ausbeuterischen

Bedingungen, insbesondere durch Kinderarbeit, hergestellt werden oder die Umwelt und das Klima schädigen. Dies betrifft z. B. die Beschaffung von Natursteinen, Textilien oder Büroausstattung. Mit einem Auftragsvolumen von jährlich 125 Mrd. EUR alleine Seitens der Kommunen haben die hier getroffenen Entscheidungen genug Marktmacht,

um den Klimaschutz und gerechte Arbeitsbedingungen weltweit zu fördern. Die Einkäufer sehen sich häufig vor dem Dilemma zwischen rein ökonomischem und von haushaltsrechtlichen Vorschriften diktiertem Den-

ken und der Beachtung ethischer Kriterien.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung

des Vergaberechts wurde inzwischen die Möglichkeit geschaffen, die Beachtung sozialer Aspekte als zusätzliche Bedingung für die Ausführung von Aufträgen zu verlangen, und es liegen erste Erfahrungen vor, dass ethische Einkaufskriterien nicht automatisch zu einer Mehrbelastung der Haushalte führen.

[Ulrich Korfluer]



Umweltverträgliche öffentliche Beschaffung

Effizient wirtschaften ist das Gebot für die öffentlichen Haushalte.

Sparzwang und Wirtschaftlichkeit sind die leitenden Kategorien. Die Orientierung an Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und Sozialverträglichkeit tritt oft in den Hintergrund. Dabei ist fraglich, ob das Prinzip „billig ist besser für den Haushalt“ auf lange Sicht gelten darf - im Blick auf die billigen Verbrauchsmaterialien, die billig erstandenen Investitionsgüter, die billig entlohnte Dienstleistung. Das Dilemma zwischen rein ökonomischem Denken und der Beachtung ethischer Kriterien bei haushaltsrelevanten Beschlüssen erfordert eine bewusste Entscheidung.

Klima schützen - Kosten sparen

Stichwort Treibhauseffekt: Um

den Temperaturanstieg zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energien in den Industrieländern in den nächsten Jahrzehnten um 80 bis 90 % gesenkt werden. Die Unternehmensberatung McKinsey veröffentlichte im April 2010 die Studie „Roadmap 2050“. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2050 eine Energieversorgung, die zu 80 % aus erneuerbaren Energien besteht, technisch umsetzbar, verlässlich und kostengünstig sein kann - wenn die richtigen politischen und ökonomischen Weichen gestellt werden.

Städte und Gemeinden können mit eigenen Investitionen ihren Beitrag leisten - und zugleich in vielen Bereichen Geld sparen.





©Foto: Benjamin Pütter/Misereor

Hohe Einsparungen sind möglich bei Investitionen z.B. in optimierte Heizungsanlagen, in die richtige Beleuchtung, in sparsame Bürogeräte, etc.

Ein weiteres Beispiel ist die öffentliche Beschaffung von Fahrzeugen - der gezielte Einkauf energiesparender Modelle kann großen Einfluss auf die Klimabilanz der Gemeinde haben und Druck auf die Hersteller ausüben, sparsamere Modelle anzubieten.

Die Berliner Energieagentur hat bei einer Kilometerleistung von 20.000 km im Jahr er-

rechnet, dass die Kraftstoffkosten eines Opel Astra mit Otto-Motor und betankt mit Benzin (6,9 l je 100 km) jährlich bei 1.904 Euro liegen, mit Diesel-Motor (5,1 l) bei 1.347 Euro, mit einem erdgasbetriebenen Otto-Motor (4,3 kg) bei 645 Euro.

Eine Reihe von Unternehmen hat für die eigene Beschaffung Vorgaben gemacht. Die Telekom beispielsweise hat sich vorgenommen, den CO²-Ausstoß ihrer 38.500 Dienstwagen bis zum Jahr 2015 auf 110 Gramm zu senken, 40 % unter dem derzeitigen Stand.

Wie wichtig der Kauf sparsamer Wagen ist, zeigt der Blick auf die CO²-Bilanz eines PKWs. Rund 81 % des CO²-Ausstosses fallen beim Fahren an, 3 % bei der Produktion von Ersatzteilen und 16 % bei der Produktion. Bemühungen der Automobilindustrie, den CO²-Ausstoß in ihrer Produktionskette zu senken, sind dringend notwendig. Doch die Zahlen zeigen, dass dies unbedingt durch den Bau sparsamer Wagen flankiert werden muss.

[Thomas Schmikowski]



Sozialverträgliche öffentliche Beschaffung

Soziale Aspekte in der öffentlichen Auftragsvergabe spielen in Deutschland in der Vergangenheit nur eine untergeordnete Rolle.

Forderungen nach gerechten Löhnen oder Beachtung des Verbots von ausbeuterischer Kinderarbeit in der Lieferkette aus Entwicklungs- und Schwellenländern wurden häufig als „vergabefremd“ abgewiesen.

Das Wissen über globalisierte Produktionsketten ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Und so zeigt endlich auch die jahrzehntelange Forderung von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, Verantwortung zu übernehmen und auf Arbeitsrechtsverstöße zu reagieren, Wirkung.

Die weltweite Verbreitung und Umsetzung grundlegender Sozialstandards, wie sie in den wichtigsten Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vereinbart worden sind, ist ein wichtiges politisches Anliegen der Weltgemeinschaft, dem auch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten verpflichtet sind.

Auf ihrer 86. Sitzung im Jahr 1998 definierte die Internationale Arbeitsorganisation acht Kernarbeitsnormen, die heute den Status universeller Menschenrechte erlangt haben und von fast allen Mitgliedsstaaten, u.a. von Deutschland, ratifiziert wurden:

- Übereinkommen zur Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit in allen ihren Formen (1930/1957)

Kinder- und Sklavenarbeit in Indien für Grabsteine, Gartenplatten, öffentliche Plätze und Fassaden in Deutschland.



Kontrollen und Zertifizierung durch:



Für Natursteine aus Indien, die garantiert ohne verbotene Kinder- und Sklavenarbeit hergestellt wurden.

- Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (1948)
- Übereinkommen über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes auf Kollektivverhandlungen(1949)
- Übereinkommen über gleiche Entlohnung (1951)
- Übereinkommen über Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz (1958)
- Übereinkommen über das Mindestalter der Zulassung zur Beschäftigung (1973)
- Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (1999)

Die Europäische Union hat 2004 in ihrer Rechtsprechung der Anwendung sozialer und ökologischer Bedingungen für die Auftragsausführung den Weg geebnet. Die Bundesregierung hat

2009 eine entsprechende Kann-Bestimmung in das Vergaberecht integriert.

Vor diesem Hintergrund ist es für viele öffentliche Institutionen eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, sich bei der öffentlichen Beschaffung für die Einhaltung von grundlegenden Sozialstandards bei den von ihnen beschafften Produkten einzusetzen.

Zahlreiche Kommunen, die per Ratsbeschluss die Berücksichtigung sozialer Kriterien beim Einkauf beschlossen haben, kaufen bereits zertifizierte Dienstkleidung, Blumen, Pflastersteine, Kaffee, Tee, Holzprodukte u.a. ein.

Dass dies nicht teurer sein muss, beweisen Städte wie Düsseldorf, Dortmund, Neuss oder München, die bereits einige Jahre ihren Ratsbeschluss umsetzen.

[Claudia Pempelforth]



Kinder haben das Recht, in die Schule zu gehen ...

... wo es keine gibt, helfen wir!

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Spendenkonto 10 10 10
Pax-Bank, BLZ 370 601 93
Stichwort: Befreiung aus der Sklaverei

Die Praxis

nachhaltiger Beschaffung



Soziale und nachhaltige öffentliche Beschaffung soll nicht nur in Konzeptpapieren stattfinden.

Zu ihrer praktischen Umsetzung gibt es konkrete Handlungsanleitungen, so z.B. den vom Deutschen Städtetag und den Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung herausgegebenen Leitfaden für „Die Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht - Hinweise für die kommunale Praxis“ aus dem Jahr 2009.

Der Leitfaden greift Neuerungen aus dem „Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts“ auf. Hier werden neben den rechtlichen Grundlagen detaillierte Verfahrens-

vorschläge für die einzelnen Schritte einer öffentlichen Ausschreibung vorgestellt, die es den Einkäufern ermöglichen, soziale und umweltbezogene Kriterien rechtssicher festzulegen.

Hier heißt es:

„In der kommunalen Praxis ist eine Vielzahl an Auftragsvergaben, die mit einer besonderen Anforderung hinsichtlich der Einhaltung von IAO (UNO-Sonderorganisation für Internationale Arbeitsorganisation) Kernarbeitsnormen verbunden sind, denkbar.

Vom Orangensaft für den Empfang des Bürgermeisters oder der Versorgung der städtischen Senioreneinrichtungen mit Tee oder Kaffee, über die Ausstattung von



©Foto: Benjamin Pütter/Misereor

reich gefertigt, deshalb ist auch hier die Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen von besonderem Belang. Die auftragsbezogene Anforderung, Bekleidung zu liefern, die unter Beachtung der IAO-Kernarbeitsnormen gefertigt wurde, kann im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs als Kriterium der Leistungsfähigkeit abgefragt werden. Hier können eine Erklärung und ergänzend die Vorlage von Labels/Zertifikaten gefordert werden. Auch können entsprechende Referenzen über die Lieferung von IAO-konform hergestellten Artikeln gefordert werden“ (S. 27).

Der Leitfaden liefert anschließend Musterformulierungen, mittels derer sich die Auftragsnehmer vertraglich verpflichten, die aufgestellten Kriterien einzuhalten.

Die zitierten Passagen zeigen, dass es sich hier um ‚Kann-Regelungen‘ handelt. Eine verbindliche Einhaltung sozialer und umweltbezogener Kriterien in der öffentlichen Beschaffung kann also nur bei einer kommunalen Selbstverpflichtung zu nachhaltiger Beschaffung erreicht werden.

[Thomas Schmikowski]

Feuerwehr und Rettungsdienst mit Dienst- und Schutzkleidung oder den Ausbau des historischen Marktplatzes mit Natursteinen bis hin zur IT-Beschaffung, reicht die Palette der Produkte und Leistungen, bei der die Frage gestellt werden muss, ob die Kernarbeitsnormen im Rahmen der Auftragsausführung eingehalten werden“ (S. 26).

Bezogen beispielsweise auf die Beschaffung von Dienstkleidung für einen Löschzug der Freiwilligen Feuerwehr bedeutet das Folgendes:

„Dienst- und Schutzkleidung wird im europäischen aber auch außereuropäischen Be-

Fair Trade Town - Fair Lifestyle als Lokalpolitik

Garstang hat es als erste Fairtrade Town geschafft, den Fairen Handel auf Gemeindeebene, in der öffentlichen Beschaffung, in Geschäften und der Gastronomie zu verankern. Seit der Gründung 2000 folgten 630 Gemeinden in 18 verschiedenen Ländern diesem Beispiel und bemühen sich, die 5 Ziele zur Fairtrade Gemeinde umzusetzen.

Die Nachfrage nach fairer Ware soll nicht nur vom privaten Konsum ausgehen, sondern alle gesellschaftlichen Gruppierungen, Schulen, Unternehmen, Kirchen bis hin zum Gemeinderat erfassen. Ziel muss es sein, ein Konsumbewusstsein für fairtrade Ware durch alle Bevölkerungsschichten hindurch zu schaffen. Nur so werden aus Nischenprodukten Massenwaren, die den Produzenten ein würdevolles, gerechtes Leben ermöglichen.

Als Vorbild vorangegangen ist eine Gemeinde im Nordwesten Englands.

Diese Ziele beinhalten die Verabschiedung einer Resolution zur Unterstützung von Fairtrade durch den Rat, die Bildung von Arbeitsgruppen zum Thema, Verfügbarkeit von fairtrade Ware im Einzelhandel, über Lobbybildung in lokalen Unternehmen bis hin zur Berichterstattung in der Presse oder im Internet.

Garstang zeigt, dass eine faire Beschaffungspolitik z.B. bei Lebensmitteln für die Kantine oder Kaffee für Sitzungen ökonomisch möglich ist und diese auch von den Bürgern angenommen wird.

[Christian Reinhardt]





Pelmkestraße 14
0 23 31/33 69 67
www.pelmke.de

FR 08.10.

Pelmke Poetry Slam

FR 15.10.

Mord am Hellweg
Bernhard Jaumann, Lesung

SA 30.10.

Planlos
Abschiedstour `10

SA 06.11.

Antinichtraucherlesung
Rocko Schamoni

SA 27.11.

Hagen Rocks

DI 11.12.

Yes
Elektro + Nu Rave Disco

Wenn Sie Interesse haben an der Arbeit des **Nord-Süd-Forum Hagen**, der **“Kampagne für saubere Kleidung”** oder an einem Vortrag zum Thema **“Fairer Handel”**, können Sie sich gerne an das Kulturbüro des AllerWelt Hauses wenden:
Tel.: 02331/21410
E-Mail: info@allerwelthaus.org

Bildnachweis:

- ©Titelbild: www.unicef.de
- S. 4/5 © Benjamin Pütter/Misereor
- S. 6/7 Kampagne Xertifix/misereor
- S. 8/9 © Benjamin Pütter/Misereor

Literaturtipps zu dieser Ausgabe:

Deutscher Städtetag, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
Die Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht - Hinweise für die kommunale Praxis
Bonn, 2009

FAIRTRADE Österreich
Aktionskatalog Fair Trade Town
www.fairtrade.at

Ev. Kirche von Westfalen
Institut für Kirche und Gesellschaft
Der Grüne Hahn
Management-für eine Kirche mit Zukunft
www.gruener-hahn.net

Friedel Hütz-Adams
Effizient wirtschaften, aber kein Sparen an der falschen Stelle!
März-April 2010
www.suedwind-institut.de/downloads

Wir danken für die freundliche Unterstützung: ABP der Ev. Kirche, BMZ, EED, Ev. Landeskirchen Rheinland und Westfalen-Lippe, InWent, Kirchenkreis Hagen, Kulturbüro der Stadt Hagen, Kultursekretariate in NRW, Ministerpräsident NRW, Misereor, MGFFI, SUE-NRW, Sponsoren, VHS-Hagen

Impressum

AllerWeltHaus Hagen e.V.
58095 Hagen . Potthofstr. 22
Tel. 02331-21410
Fax 02331-183939

Redaktion:

U. Korfluer, C. Pempelforth,
Ch. Reinhardt, T. Schmikowski
Erscheint in jedem Quartal

Auflage:

1500 auf Recyclingpapier

Druckerei:

[kju:bus] Druck Hagen
Nachdruck erwünscht

Basis-Entwurf:

oundmdesign, Wuppertal
DTP: U. Korfluer

Fair-Handels-Markt

Einladung zur Verführung

35. AllerWelt-Bazaar

Samstag 30. Oktober -
Sonntag 7. November

täglich 10-18 Uhr

Fairer Handel DIE Alternative

**Statt Almosen zu geben
kaufen SIE im Fairen Handel
hochwertige Produkte**

Fairer Handel garantiert



**Mitbestimmung
und sichere Löhne
Bildung und Ausbildung
statt Kinderarbeit
Gesundheits- und
Altersversorgung
Traditioneller Anbau
statt Gentechnik**



Fachgeschäft für Fairen Handel



AllerWeltHaus